

Inhaltsverzeichnis

Mehr Geld für weniger Leistung?	1-2
Editorial	2
Auswertung der Umfrage	3
Einfluss gehalten	3
Nicht alle Alten haben ein Vermögen	4
Jahresbericht SSR	5-6
SSR-Redaktionskommission	6
Jahresbericht Arbeitsgruppe Alter in der Gesellschaft	6
Jahresbericht Arbeitsgruppe soziale Sicherheit	6-7
Jahresbericht Arbeitsgruppe Gesundheit	7
Jahresbericht Wohnen und Mobilität	7-8
AG Informations- und Kommunikations-Technologie (IKT)	8
Jahresbericht Alter und Migration	8
Zu Hause alt werden?	9
Migralto	10
Mobilität im Alter	11
Lernfestival 2012	12
Agenda	12
Forum Schwyz	12
Alzheimervereinigung - neue Internetseite	12



Diskussion am Herbstkongress: v.l. Hansrudolf Schönenberg, Präsident Arbeitsgruppe Gesundheit SSR, Nationalrätin Bea Heim, Paul Rhym, Mitglied Direktion Santé Suisse

Mehr Geld für weniger Leistung?

Margareta Annen-Ruf

Im Zentrum, des vom Schweizerischen Seniorenrat (SSR) am 27. Oktober 2011, in Biel durchgeführten Herbstkongresses «Mehr Geld für weniger Leistung?», stand die Fallkostenpauschale. Die aus unterschiedlicher Optik beleuchtete Thematik, hinterliess beim zahlreich erschienenen Publikum Verunsicherung.

In seiner Begrüssung wies der Co-präsident des Schweizerischen Seniorenrates (SSR) Karl Vögeli, auf die vielen anstehenden Neuerungen im Gesundheitswesen hin, die es schwierig machten den Blick für das Ganze zu behalten. Ziel der Tagung sei es deshalb über die hängigen Reformen im Gesundheitswesen, mit Schwerpunkt Fallkostenpauschale (ab 1.1.2012), kompetent und aus unterschiedlicher Optik zu informieren. Für Andreas Faller lic.iur., Vizedirektor des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), ist es unabdingbar, dass das Gesundheitswesen effizienter werden muss um eine drohende Rationierung zu vermeiden. Aus der Grundversi-

cherung soll daher künftig nur noch bezahlt werden, was dem Patienten effektiven Nutzen bringt. Die Fallkostenpauschale, die dem behandelnden Spital je nach Diagnose eine in einem Leistungskatalog festgehaltene Pauschale vergütet, die für jeden Fall /Eingriff und für jedes Spital gleich hoch ist, bezeichnete er als ein in Richtung Effizienz und Rationalisierung gehendes Instrument. Der Referent gab sodann einen Überblick über die bevorstehenden Reformen, deren Zweck und die sie begleitenden Massnahmen. Dabei erwähnte er unter anderem etwa: Die freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz und die Gleichbehandlung öf-

“ Das ganze Geheimnis, sein Leben zu verlängern, besteht darin, es nicht zu verkürzen. ”

Ernst von Feuchtersleben



Copräsidentin
SSR
Christiane
Jaquet-Berger

Editorial

«Wer eine gute Gesundheit hat ist reich» lautet ein Sprichwort. Eine Aussage die 18% unserer Mitbürger/-innen schwer schlucken können. Für Leute die aus finanziellen Gründen auf den Kauf notwendiger Medikamente, den Gang zum Arzt, notwendige Untersuchungen oder notwendige Behandlungen verzichten(müssen).Für ein Land in dem die Krankenversicherung obligatorisch ist, ist dies eine (zu) hohe Zahl. Belegt wird dies durch einen Internationalen Gesundheitssurvey 2010 des Commonwealth Fund in elf Ländern der OECD. Zweifellos ist die Schweiz in einer besseren Position als die USA oder einige Nachbarländer wie etwa Frankreich. Trotzdem darf diese Feststellung nicht toter Buchstabe bleiben. Dies umso mehr, als zu spät erfolgende Behandlungen meist teuer sind.

Was sind die Gründe? Zu hohe Franchisen und ungenügende finanzielle Reserven? Zu knappe Budgets, dass die Leute in finanzielle Not geraten? Was für Patientengruppen sind es? Bekannt ist, dass Ältere vermehrt Unbehagen verspüren beim Gedanken, dass sie, laut Krankenkassen, der Gesellschaft hohe Kosten verursachen.

Es ist daher dringend, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen (BFS) diesen Fragen nachgeht und die Resultate veröffentlicht. Der Seniorenrat bleibt wachsam.

fentlicher und privater Spitäler;
Kostensenkung durch Managed Care-Modelle;
Ein neuer Kostenteiler zwischen Kantonen und Krankenversicherungen;
Vermeidung überflüssiger Behandlungen und Doppelspurigkeiten;
Klarheit und Transparenz durch Leistungskatalog;
Die Einführung des elektronischen Patientendossiers;
Bessere Überprüfung der Spitäler und ihrer Leistungen durch die Krankenversicherungen.

Kein Sparsysteminstrument

In der Fallkostenpauschale sieht Beat Straubhaar, Präsident der Spitalvereinigung Bern, ein innovatives Finanzierungssystem und kein Sparinstrument. Aufgrund seiner Erfahrungen als Direktor des Spitals Thun, das bereits in den letzten Jahren das Fallkostenpauschalsystem angewendet hat, hat es als Folge des neuen Kostenrechnungssystems keine Spitalverkürzung um jeden Preis gegeben. Dies dank der guten Aufgleisung der Postakutpflege mit den Spitex- und Rehabilitationsorganisationen. Straubhaar gab jedoch zu, dass sich für 20 Prozent der Patienten das System nicht anwenden lasse- andere Zahlen sprechen von nur 30% auf die sich die Fallkostenpauschale anwenden lässt. Die Umwandlung der Spitäler in integrierte

Gesundheitsdienstleister ist nach Ansicht des Referenten durchaus realisierbar, sofern die Wirtschaftlichkeit verbessert und vor allem die Bereitschaft Kooperationen einzugehen vorhanden ist.

Gesundheitliches Experiment

Dem Fallkostenpauschalsystem vermochte Dr. med. Christian Hess, Chefarzt Innere Medizin im Spital Affoltern am Albis, nichts abzugewinnen. Die Fallkostenpauschale sei ein auf Statistiken beruhendes System, das den Spitälern und vor allem der Komplexität der Krankheiten sowie dem Menschen als Individuum nicht gerecht werde. An Problemen nannte er unter anderem etwa:

Die ungelösten Fragen des Datenschutzes;
Hohe Verwaltungskosten;
Bevorzugung der technischen Medizin, da sie gute Einnahmen generiert;
Ungeeignetes System für Pädiatrie, Neurologie, Psychiatrie, ältere polymorbide Patienten, seltene Krankheiten;
Demotiviertes Personal durch einen noch höheren Verwaltungsaufwand bzw. Konflikt zwischen Patientenwohl und Ökonomie.
Zwar hält Hess die Diskussion über die Rationierung für absolut notwendig, da sowohl unser Leben als auch die

Andreas Faller, Vizedirektor Bundesamt für Gesundheit (BAG)



Ressourcen unseres Planeten endlich sind. Doch muss seiner Ansicht nach dieser vielschichtige und komplexe Themenbereich auf breiter, gesellschaftlicher Ebene diskutiert werden und nicht am Krankenbett.

SSR soll sich zu Wort melden

In dem vom Copräsidenten Karl Vögeli moderierten Gespräch bemängelte Erika Ziltener, die Präsidentin der Schweizer Patientenstellen und seit 2002 eine Kritikerin der Fallkostenpauschale, den sich vollziehenden Paradigmenwechsel, der die Patienten und Patientinnen zu Klienten herabwürdige. Für SP Nationalrätin Bea Heim-Niederer, ebenfalls seit Jahren eine Gegnerin des Gesetzes, ist es wichtig die neuen Gesetze vernünftig aufzugleisen, wenn sie schon nicht verhindert werden könnten. Zudem forderte sie die Vertreter und Vertreterinnen des Seniorenrates auf, sich bei allen Vernehmlassungen zu Wort zu melden.

In ihrem Schlusswort versicherte die SSR-Copräsidentin Christiane Jaquet-Berger, dass sich der SSR kontinuierlich informieren und einmischen werde, um im Gesundheitswesen gemeinsam die Richtung der Politik zu bestimmen und, falls nötig, zu ändern, damit Krankheit nicht zu einem blossen Wirtschaftsfaktor abgewertet werde.

Auswertung der Umfrage

Marianne de Mestral

Die Herbsttagung war wiederum Anlass bei den Altersorganisationen eine Umfrage durchzuführen. Damit möchten wir den Senioren und Seniorinnen Gelegenheit geben zur Mitsprache und zur Unterstützung der Arbeit des Schweizerischen Seniorenrates (SSR). Vor allem jedoch möchten wir jeweils erfahren, wo die Älteren «der Schuh drückt.» Mit Bezug auf das Tagungsthema ging es bei dieser Umfrage um Fragen zum Gesundheitswesen.

69 Fragebogen sind eingegangen. Zur Frage, wie gesetzlich verbindliche Änderungen und Neuerungen im Gesundheitsbereich bekannt werden, antworteten die Meisten, dass sie sich direkt durch die Krankenkassen und durch die Medien informieren lassen.

Wir wollten zudem wissen, wo unter dem gewaltigen Spardruck nicht gespart werden dürfte. Fast ein Drittel der Antwortenden sorgt sich um den Pflegebereich: Ambulante sowie stationäre Pflege sowie beim Personal und dessen Ausbildung darf keinesfalls gespart werden. Ebenfalls nicht reduziert werden darf bei Qualität und Beratung. Bei der Komplementärfrage nach möglichen Einsparungen, wünscht man sich eindeutig namhafte Verbesserungen bei den Krankenkassen (Reduktion der Kassenvielfalt und viel weniger Reklame). Betont wird ausserdem die Forderung nach mehr Eigenverantwortung der Betroffenen.

Befragt zu den thematischen Interessen, erstaunt es nicht, dass die Antworten pendente Änderungen und wünschbare Aktionsfelder im Gesundheitsbereich umfassen. Fragen im Bereich von Pflege und Pflegefinanzierung stossen auf das grösste Interesse. Ebenfalls gross ist das Bedürfnis nach Informationen über gesetzliche Neuerungen, deren Umsetzung und deren Auswirkungen im immateriellen/menschlichen und sozialen sowie dem materiellen/finanziellen Bereich. Der SSR freute sich über die rege Teilnahme an der Umfrage und nimmt die Antworten als Ansporn für seine Arbeit gerne zur Kenntnis.

Einfluss gehalten

Der Schweizerische Seniorenrat (SSR) verteidigt seine Sitze in den eidgenössischen Kommissionen.

Einfach war es nicht: die Ausgangslage war auf Abbau ausgerichtet. Der Bundesrat bestimmte Ende Jahr für die Periode 2012 - 15 die Mitglieder der ausserparlamentarischen eidgenössischen Kommissionen für AHV/IV, für die berufliche Vorsorge (Zweite Säule) und für Wohnungswesen. In diesen je 20 Mitglieder umfassenden Kommissionen war der Schweizerische Seniorenrat (SSR) schon bisher vertreten, doch hatten alle drei Kommissionsmitglieder ihren Rücktritt erklärt. Beim Bund wollte man deshalb sparen und die Kommissionen verkleinern.

Im Gespräch, das das Copräidium mit dem damaligen Vorsteher des Eidg. Departementes für Inneres führte, gelang es aber, auf die Bedeutung der Rentnervertretung hinzuweisen. Bundesrat Burkhalter sicherte deshalb die Sitze dem SSR wieder zu.

Damit haben neben Arbeitgeber, Gewerkschaften, Parteien und andern Interessenvertretern auch die Rentner eine bescheidene Lobby in der eidgenössischen Verwaltung. (vk)

Die neugewählten SSR-Vertreter - und Vertreterinnen sind:

- **Markus Benz**, Basel, in der Kommission für Wohnungswesen,
- **Elisabeth Eicher**, Bottmingen (BL), in der AHV/IV-Kommission und
- **Michel Pillonel**, Lully (FR), in der Kommission für berufliche Vorsorge (BVG).

Nicht alle Alten haben ein Vermögen



Karl Vögeli, Copräsident SSR

Die Allianz Schweizer Krankenversicherer, der die Krankenkassen Helsana, Groupe Mutuel, Sanitas angehören, möchte mit unterschiedlichen Prämienstufen und tieferen Rabatten bei den Wahlfranchisen die Solidarität zwischen Alt und Jung beseitigen. Dies wird damit begründet, dass ein 27-Jähriger eine Durchschnittsprämie von 274 Franken bezahle, aber nur Gesundheitskosten von 61 Franken verursache. Ein 95-Jähriger mit der gleichen Einheitsprämie, die Grundversicherung jedoch mit 1214 Franken, also dem 20-fachen belaste.

Zu dieser Forderung befragt von Thomas Lüthi, Basler Zeitung (BaZ), erläutert Karl Vögeli, Copräsident des Schweizerischen Seniorenrates (SSR), warum sich der SSR gegen höhere Krankenkassenprämien für ältere Menschen wehrt. (Nachfolgend das Interview, erschienen 31.12.2010, leicht gekürzt)

Thomas Lüthi: Ältere Menschen verursachen deutlich höhere Gesundheitskosten als junge. Es wäre doch nur gerecht, wenn sie auch etwas höhere Prämien bezahlten.

Karl Vögeli: Nein, dies würde komplett gegen den Solidaritätsgedanken verstossen. In der Krankenversicherung bezahlen die Gesunden für die Kranken, nicht die Jungen für die Alten. Ausserdem sind den

jungen Familien zur Entlastung, die Kinderprämien erlassen worden.

Die Rentner von heute haben zudem ein Leben lang Prämien bezahlt. Als sie jung waren, bezahlten sie auch für die damals Älteren. Zudem zahlte die Rentnergeneration die AHV für die Eltern, welche die Eintrittsgeneration war.

BaZ: Die obligatorische Krankenversicherung, um die es geht, gibt es erst seit 1996, und hat mit der AHV nichts zu tun.

K.V.: Es geht nicht nur um die Krankenversicherung, sondern um ein gesamtheitliches Denken. Wir haben die AHV, die Pensionskasse, eine Pflegefinanzierung- auch bei diesen Sozialwerken werden die Älteren zum Teil benachteiligt. Etwa bei den Pflegekosten, für welche die älteren Menschen seit diesem Jahr massiv mehr bezahlen müssen. Auch schwimmen nicht alle Rentner im Geld. Untersuchungen haben gezeigt, dass 16 Prozent der über 65-Jährigen arm sind.

BaZ: Fakt ist, dass es den Rentnern noch nie so gut gegangen ist wie heute. Dies bestätigte auch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf am SVS-Herbstkongress auf Schloss Lenzburg. AHV, Pensionskasse, private Vorsorge (3.Säule), Einkünfte aus Immobilien, Erbschaften plus ein angespartes Vermögen - da liegt es doch drin von den Senioren mehr Krankenkassenprämien zu verlangen.

K.V.: Nur etwa 20% der Senioren haben ein Vermögen.

BaZ.: Natürlich gibt es arme Rentner. Laut dem Forschungsbericht des Bundes 2008 «Die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Personen im Ruhestand» versteuern die Rentner ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von über 68 000 Franken, und ihr Vermögen ist dreimal höher als das eines Erwerbstätigen.

K.V.: Es ist eine kleine Schicht Senioren die Vermögen hat, daraus kann man aber nicht folgern, dass es allen Älteren gut geht.

BaZ.: Vielleicht müssten in der Krankenversicherung risikogerechte Prämien eingeführt werden, wie es sie vor Einführung des Krankenversicherungsgesetzes gegeben hat. Die Älteren, die hohe Gesundheitskosten verursachen, würden dann mehr bezahlen als die Jungen und Gesunden.

K.V.: Ihre Idee ist schon realisiert, gibt es doch schon heute drei Prämienstufen. Ausserdem müssten auch die Frauen mehr bezahlen als die Männer, da sie höhere Gesundheitskosten verursachen als die Männer. Mit Solidarität hätte dies nichts mehr zu tun.

BaZ: Ich gebe Ihnen Recht - risikogerechte Prämien wären der falsche Weg. Aber die Finanzierung der ständig steigenden Gesundheitskosten verlangen nach einer verursachergerechten Verteilung, und die Älteren verursachen am meisten Kosten.

K.V.: Das stimmt nicht. Teuer ist nur das letzte Lebensjahr vor dem Tod-unabhängig vom Alter. Viele Kosten werden über die Pflegefinanzierung gedeckt.

BaZ: Mit den drei Prämienstufen, meinen sie die drei Altersklassen null bis 18, 19 bis 25 und über 25 Jahre. Die 66-Jährigen bezahlen aber laut Statistik des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), nur 23 Prozent der Prämien und verursachen 44 Prozent der Kosten. Eine feinere Abstufung der Altersklasse wäre doch zu diskutieren um die jüngeren zu entlasten.

K.V.: Mit einer Krankenversicherung nach dem Solidaritätsprinzip hat dies einfach nichts zu tun. Wir müssten die Kosten aller Sozialwerke samt Krankenversicherung betrachten und die Lasten diskutieren. Dieses Scheibchendenken, indem einfach nur die Krankenversicherung herausgebrochen wird bringt nichts. Werden die Älteren immer stärker belastet, müssen wieder mehr Ergänzungsleistungen bezahlt werden, die über die Steuern auch wieder von den Rentnern finanziert werden.

Im Jahre 2011 hat der Schweizerische Seniorenrat (SSR) seine Arbeit der letzten zehn Jahre fortgesetzt, unter neuen Voraussetzungen. Der SSR hat jetzt Vereinsstrukturen, klare Statuten und einen Leistungsauftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV). An der Erfüllung dieser zu erbringenden Leistungen wird der SSR gemessen - letztes Jahr mit Erfolg! Entsprechend den sechs klar formulierten Aufgabengebieten hat der SSR seine Arbeitsgruppen neu formiert. Über die Arbeiten berichten die Präsidenten und die Präsidentinnen der Arbeitsgruppen.

Jahresbericht SSR

Karl Vögeli, Copräsident
Schweizerischer Seniorenrat (SSR)

Nach der Unterzeichnung des Leistungsvertrages (LV) mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) noch im Dezember 2010 galt es im Berichtsjahr, die Strukturen des Schweizerischen Seniorenrates (SSR - ASA) auf diesen neuen Vertrag auszurichten. Die neuen Vereinsstatuten und der LV brachten nach zehn Jahren der Existenz des SSR eine klare Straffung der Abläufe und Verstärkung der Aufgaben der Arbeitsgruppen.

Da die Hauptaktivität des SSR im Rahmen der Arbeitsgruppen stattfindet, war es wichtig, diese Gruppen richtig zu formieren. Gemäss Leistungsvertrag sind sechs Geschäftsfelder abzudecken (siehe Jahresberichte).

Verstärkte Position bei der Verwaltung

Im Umgang mit den Behörden konnten einige, aber nicht alle Schwierigkeiten überwunden werden. Noch immer wird der SSR von zahlreichen Bundesämtern bei Vernehmlassungen nicht begrüsst. Immerhin hat der vormalige Bundesrat Didier Burkhalter bei einem Gespräch im April mit dem Copräsidium zugesichert, dass er sich

dafür einsetzen werde. Im Laufe dieses Gespräches konnte das Copräsidium Burkhalter auch die Rahmenbedingungen für die anstehende Reform der Sozialwerke übergeben. In einem späteren Brief unterstrich der Bundesrat, dass er diese Grundlagen in die Plattform AHV-Reform habe einfließen lassen. Er erklärte sich im Übrigen bereit, das Copräsidium «jederzeit» wieder zu sprechen. Aus der Diplomatensprache übersetzt heisst dies, dass jährlich eine Besprechung eingeplant werden kann.

Der SSR hat auch erreicht, dass die bisherigen Vertretungen des SSR in der AHV-Kommission, in der BVG-Kommission und in der Kommission für Wohnungswesen wieder besetzt werden konnten. Die Wahl, die durch den Bundesrat inzwischen erfolgt ist, ist zwar persönlich, jedoch an die Funktion in der entsprechenden Organisation verbunden. Hingegen konnte kein Sitz in der Kommission für Mittel und Geräte (MiGel) erhalten werden. In einem ausführlichen Schreiben wies Burkhalter darauf hin, dass die Kommission verkleinert und der Antrag des SSR zu spät eingetroffen sei. Der SSR war bisher in dieser Kommission nicht vertreten.

Der SSR kann somit mit Genugtuung vermerken, dass er seine Position in der Verwaltung und im Bundesrat deutlich verstärken konnte im Berichtsjahr. Zwar waren nicht alle Vorstösse erfolgreich, aber es ist gelungen, unsere Vertretungen in den beratenden Kommissionen zu halten. Ferner hat der Bundesrat zugesichert, dass der SSR in die AHV-Reform-Plattform aufgenommen wird. Auch hat das erste Controllinggespräch mit den Vertretern des BSV am 19.10.2011 verdeutlicht, dass der SSR nach zehn Jahren in der Verwaltung «angekom-

men» ist. Dieses Gespräch verlief zufriedenstellend; die Entschädigung von Fr. 300'000.- wurde voll ausbezahlt.

Zehn Jahre SSR

Der SSR führte 2011 ausnahmsweise 5 Delegiertenversammlungen durch. Die erste fand am 11.2.2011 im Rathaus Basel statt. Gefeierte wurde das zehnjährige Bestehen des SSR mit Regierungsrat Dr. Carlo Conti als Gastgeber. An der ersten ordentlichen DV wurden der Vorstand ergänzt und gewählt und die Arbeit der Arbeitsgruppen neu definiert. Der Vorstand tagte sechsmal. Neben den erwähnten 6 Arbeitsgruppen beschäftigte sich die Redaktionskommission mit der Herausgabe

der SSR-News - leider nur dreimal pro Jahr aus Budgetgründen. Dafür aber erscheinen die SSR-News auch in italienischer Sprache. Das Kommunikationskonzept wurde entsprechend ergänzt. Die grösste Baustelle in diesem Bereich ist der Internet-Auftritt des SSR - er soll nun 2012 aufdatiert werden. Die Delegation Administration und Verwaltung ihrerseits kümmerte sich effizient um die Abläufe und Zahlungen. Das neu ausgearbeitete Entschädigungsreglement wurde von der DV genehmigt. Und schliesslich auch das: Der neue Sitz des SSR in Ittigen BE erwies sich als gute Lösung.

Herbsttagung in Biel

Die Ende Oktober in Biel durchgeführte SSR-Herbsttagung unter dem Titel «Mehr Geld für weniger Leistung», wurde von rund 170 Teilnehmenden aus allen drei Sprachregionen besucht. An der Tagung wurden die aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen - besonders die Einführung der Fallkostenpauschale auf anfangs 2012 - beleuchtet (siehe separater Bericht). Solche Veranstaltungen sollen voraussichtlich alle zwei Jahre stattfinden.



Es bleibt der Dank. An die Copräsidentin, die Kolleginnen und Kollegen des Vorstandes und an alle Delegierten der beiden Trägerorganisationen VA-SOS und SVS für die grosse Arbeit, die geleistet wurde. Der Dank geht auch an die Sekretärin, die mit grosser Zuverlässigkeit die Arbeiten führt und die Termine in Erinnerung ruft.

Eine starke Lobby-Organisation der Rentner ist in Zeiten erhöhten Spardrucks unbedingt erforderlich. Ich wünsche deshalb dem SSR Geschlossenheit, Erfolg und viele Erfolgserlebnisse.

SSR-Redaktionskommission

Karl Vögeli, Präsident

Die Redaktionskommission tagte in unterschiedlicher Zusammensetzung - entsprechend den Bedürfnissen - je zu einer Planungssitzung und zu einer Produktionssitzung vor dem Erscheinen der jeweiligen Ausgabe der SSR-News. Aufgrund von Übersetzungsproblemen konnten leider zwei der drei Nummern nicht in allen Sprachen gleichzeitig veröffentlicht werden.

Es sind 2011 nicht wie ursprünglich geplant vier, sondern nur drei Nummern erschienen. Der Grund dafür ist, dass es ursprünglich nicht geplant war, die einzelnen Ausgaben auch in italienischer Sprache zu publizieren. Damit ist der finanzielle Aufwand stark gestiegen, sodass aus Budgetgründen auf eine Nummer verzichtet werden musste. Dies ist für 2012 bereits im Budget so eingeplant (Fr. 26'000.- für das ganze Jahr).

Noch nicht erledigt gemäss Informationskonzept ist der Bereich Internet/Intranet. Die Aufarbeitung soll im ersten Halbjahr 2012 erfolgen. Dabei ist auch die Frage des Webmasters und Lektors zu klären.

Anzahl verschickter Exemplare pro Ausgabe:

deutsch	1300
französisch	300
italienisch	100

Arbeitsgruppe Alter in der Gesellschaft

Margareta Annen-Ruf, Präsidentin



Gestützt auf den neuen Leistungsvertrag mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat unsere AG «Alter in der Gesellschaft» - vormals

«Grundlagen/Forschung» - eine Neuausrichtung ihrer Tätigkeit erfahren. Schwergewichtig geht es in unserer Arbeit um Würde, Autonomie und Lebensqualität der Älteren sowie die Solidarität zwischen den Generationen. **Die Mitglieder der AG sind:** Margareta Annen (Vorsitz), Peter Wirz (Protokoll), Serge Ganz, Liselotte Lüscher und Béatrice Spang.

Von den an den vier Sitzungen behandelten Themen erwähnt seien:

Ein Referat von Dr. Markus Zürcher», Generalsekretär der «Schweizerischen Akademie für Sozial- und Geisteswissenschaften (SAGW)» Bern. Der Referent stellte uns die Tätigkeit der SAGW vor, die ein breites Netzwerk von Mitgliedschaften, Institutionen und Organisationen verschiedenster Disziplinen im In- und Ausland umfasst. Diese Vernetzung ermöglicht frühzeitig wichtige neue Themen zu erkennen und aufzugreifen. In einer eingehend geführten Diskussion zum Thema Generationenpolitik und Generationenbeziehungen, konnte die AG einige Anregungen einbringen. Die AG bleibt in Kontakt mit der SAGW.

Die Überarbeitung des vom SSR verfassten und erstmals 2006 veröffentlichten Dokuments «Argumente gegen Altersdiskriminierungen in Wort und Schrift». Das Argumentarium, das am Herbstkongress 2011 in Biel aufgelegt wurde, stösst auf ein grosses und positives Echo. Es soll an Veranstaltungen des SSR, SVS, der VASOS und von Mitgliedorganisationen aufgelegt werden, damit es eine möglichst grosse Verbreitung findet.

Der Kontakt zum Präsidenten der Unabhängigen Beschwerdestelle für das Alter Schweiz (UBA) Umberto Somaini, der an einer Delegiertenversammlung des SSR Aufgaben und Ziele der UBA vorstellte. Eine mögliche Zusammenarbeit des SSR mit der UBA bleibt pending ebenso

der Kontakt zum Bundesamt für Statistik (BFS).

An der Sitzung vom 15. November 2011 wählte die AG als primäre Themen für 2012 «Sucht im Alter» und «Partizipation der Älteren in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft».

Abschliessend danke ich den Mitgliedern der AG für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit.

Arbeitsgruppe soziale Sicherheit

Gérard Heimberg, Präsident



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Gérard Heimberg, Präsident, Serge Ganz, Julius Eggspühler, Vreni Hubmann, Gerhard Messerli, Hans Rudolf Schuppisser, Peter Wirz. Die Hauptaktivität der AG war die Vorbereitung des SSR auf die bevorstehende 12. AHV-Revision. Zuerst erarbeitete sie einen Leitfaden z.h. des Copräsidiums, als Vorbereitung auf das Gespräch mit Herrn Bundesrat Didier Burkhalter.

Die 5 taktischen Punkte bildeten Gegenstand eines Pressecommuniqués des SSR. Ferner hat sie einen Entwurf des Positionspapiers zum Thema «**Zukunft der AHV**» einstimmig verabschiedet und dem Vorstand unterbreitet. Dieses genereller formulierte Dokument will eine strategische Linie des SSR gegenüber dieser Revision aufbauen und die zustimmenden wie ablehnenden Positionen des SSR auf eine kohärente Art und Weise präzisieren.

Diese Argumente verstehen sich als Verlängerung der SSR-Stellungnahmen zu den wichtigen Berichten des SSR

und zu den vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) in Auftrag gegebenen Studien Wanner und Bonoli. Die Behandlung dieses Textes durch den Vorstand stösst auf Schwierigkeiten was Inhalt und Vorgehensweise betrifft. Im heutigen Zeitpunkt hat der Vorstand lediglich einige «Übereinstimmungen» im ersten der vier Teile festgestellt; eine fundierte, argumentierte Diskussion als unabdingbare Voraussetzung zum Aufbau eines Konsenses konnte noch nicht stattfinden. Die AG hat ferner die Prüfung der Anfang Oktober vom Bundesrat herausgegebenen Argumentation zum Thema «AHV gemeinsam» begonnen. Im Frühjahr 2011 hat sie sich ferner mit den technischen Massnahmen des Gesetzes zur Verbesserung der Durchführung zur AHV mit Vorbehalten zur Kenntnis genommen. Dies in Bezug auf die Übernahme der Kosten der wissenschaftlichen Studien durch den AHV-Ausgleichsfonds sowie der vom BSV im Auftrag gegebenen Entwicklungen bezüglich Informatik.

Ferner hat die AG ihre Arbeiten zur «zweiten Säule» wieder aufgenommen. Es geht um die Festlegung einer strategischen Linie des SSR im Hinblick auf die Behandlung des Bundesratsberichtes zu diesem Thema. Ein Positionspapier mit dem Titel «Armut und Alter» wurde von der AG gutgeheissen (Antwort auf 9 Seiten im Bericht des Bundesrates vom 31.03.2010). Der Vorstand muss dieses Dokument noch prüfen. Das EDI hat nicht auf die vier von der AG erarbeiteten Interventionen reagiert. Es geht um die weiterhin unbefriedigende Situation der **Ergänzungsleistungen**.

Arbeitsgruppe Gesundheit

Hans Rudolf Schönenberg, Präsident

Die Arbeitsgruppe Gesundheit hat im zu Ende gehenden Jahr die zur Zeit aktuellen Themen im Gesundheitswesen an vier Sitzungen behandelt.

Neuwahlen und Organisatorisches

Nach erfolgten Wahlen hat im Juni die konstituierende Sitzung stattgefunden.

Die Mitglieder sind: Hans Rudolf Schönenberg, Präsident, Margareta Annen-Ruf, Vizepräsidentin/ Protokollführung, Remo Gysin, Marianne de Mestral, Gianni Franscini, Peter Rothacher



und Josef Senn, Mit der Bildung von Untergruppen und Zuteilung von Themengebieten wurde die anfallende Arbeit auf die Mitglieder verteilt.

So bearbeitet:

Die Untergruppe Krankenversicherungsgesetz (KVG) bearbeitete die Themen Fallkostenpauschale (DRG), Managed Care (integrierte Versorgung), e-Health (elektronisches Patientendossier), Kommission für Mittel und Gegenstände Liste (MiGel) und Hörgeräteversorgung (Änderungen der KLV) sowie Hausarztmedizin (Initiative und Gegenvorschlag).

Die Untergruppe Pflege die Themen Pflegefinanzierung, Übergangspflege, Spitex, Demenz, Pflegequalität und Palliative Care.

Die Untergruppe Prävention die Themen Präventionsgesetz und Best Practice.

Behandelte Themen

Alle oben erwähnten Themen wurden im vergangenen Jahr je nach Aktualität gemeinsam besprochen, das weitere Vorgehen festgelegt und verschiedene Aktivitäten eingeleitet. Wir wollen in Zukunft aktiv mitgestalten können.

Die Mitsprache möchten wir vor allem auch in Fachgremien anstreben.

Ein erstes Gesuch um Aufnahme in die MiGel-Kommission wurde an Bundesrat Burkhalter eingereicht.

Erste Kontakte mit der parlamentarischen Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit im Nationalrat (SGK-N) bzw. im Ständerat (SGK-S) wurden eingeleitet. Zum Thema Referendum gegen die Einführung von Managed Care haben wir nach einer ausführlichen pro/contra Aussprache mehrheitlich beschlossen dieses nicht zu unterstützen. Wir werden aber die

Ein- und Ausführung kritisch begleiten und allfällige altersdiskriminierende Lösungen /Anwendungen beanstanden.

Im Weiteren haben wir verschiedene Vernehmlassungen bearbeitet und zum Transplantationsgesetz unsere Stellungnahme eingereicht.

Den Mitgliedern der Arbeitsgruppe danke ich für Ihr grosses Engagement.

Arbeitsgruppe Wohnen und Mobilität

Ernst Widmer Präsident

Der Arbeitsgruppe gehören fünf Mitglieder an: Ernst Widmer, Präsident, Elisabeth Eicher Protokoll, Markus Benz, Sergio Beti und Hans Rudolf Enggist. An den im Berichtsjahr durchgeführten vier Sitzungen in Basel wurden diverse Geschäfte behandelt.



Erwähnt seien etwa:

- Die Aussprache über das künftige Wirken der Arbeitsgruppe
- Die Planung-Stand-für die TCS-Broschüre «Sicher und mobil» (Seniorenbrochure). Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurde mit einer Fragebogenaktion unter Mitgliedern des SSR die bereits 2010 begonnene Beteiligung zusätzlich unterstützt. Begleiter sind hier noch und weiterhin Peter Wirz und Ernst Widmer.
- Rückblick und Information über die Beteiligung des SSR in der Anhörung des Bundesamts für Strassen zur Strassenbenützung- und -signalisationsverordnung.

Überarbeitung der Blätter «Seniorenpolitisches Leitbild zu Wohnen und Mobilität» und «Arbeitsbeschreibung für die AG Wohnen und Mobilität».

Weitere Geschäfte waren :

- Die Vorbereitung einer Stellungnahme des SSR zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» (besonders

die Eigenmietwertbesteuerung für Eigentümer von Häusern und Wohnungen).

- Die Information über den Auftrag, die geplanten Erhöhungen der SBB-Tarife zu beurteilen, mit Kurzstellungnahme der AG an das SSR- Copräsidium.

- Die Bereinigung und Abgabe eines Zwischenberichts zur Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» und Weiterbearbeitung nach Differenzenbereinigung im Parlament Die Stellungnahme zum Thema «Bausparen» (geplant)

- Die Mitwirkung des SSR an dem von der Mobilitätsakademie im Mai 2012 durchgeführten Mobilitätssalon für Senioren und Seniorinnen in Biel sowie die Pflege von Kontakten zu verschiedenen Fachstellen.

AG Informations- und Kommunikations-Technologie (IKT)

Präsident, Edwin Schnellmann

Die Arbeitsgruppe wurde 2011 gemäss Leistungsauftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) gegründet. Sie umfasst 5 Personen: Edwin Schnellmann, Präsident, Rudolf Garo, Lindo Deambrosi, Herbert Kaestner, Jean Spielmann.

In Verwaltungen, Industrie, Wirtschaft, den Medien, werden immer mehr Informationen und Dienstleistungen elektronisch angeboten. Gleichzeitig nutzen noch (zu) wenig Ältere die online zur Verfügung gestellten Informationen, Geräte und Dienstleistungen. Ziel unserer Arbeitsgruppe ist es deshalb, die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien durch die Älteren zu fördern und deren Interessen zu wahren. Bezüglich Nutzung einige Daten: Zurzeit haben etwa 1/3 der Senioren über 65 Jahre einen Zugang zum Internet. Die anderen 2/3 können oder wollen diese notwendigen Informationen und Dienstleistungen nicht nutzen. Untersuchungen in Seniorenkreisen haben gezeigt, dass sie sich nicht bewusst sind, was für wichtige Informationen



ihnen so entgehen, bis Probleme auftauchen und sie das Manko bemerken.

Die Älteren haben Bedenken, dass die Anschaffung solcher «Geräte» zu teuer und die Handhabung generell zu kompliziert ist. Zudem spielt die «Alters-Hemmschwelle» eine Rolle. In drei Sitzungen hat sich die AG unter anderem einer Situationsaufnahme «Digitaler Graben Senioren», einem Brainstorming über Senioren Bedürfnisse/Probleme/Umfang/Dringlichkeiten, dem Studium diverser Länder- und EU-Projekte sowie Recherchen über «digitale» Diskriminierung gewidmet. Zudem liessen wir uns von Beat Estermann (Gesamtkoordinations-Projektleitung) und Dr. Stefanie Becker, von der Berner Fachhochschule, über das bereits 2010 gestartete und bis 2012 laufende TAO-Projekt (Third Age Online) informieren. Alle darin involvierten Kooperations- und Konsortialpartner sind aufgefordert, gemeinsam im Sinne einer «win-win» Situation mitzuwirken.

Geplant für 2012 sind unter anderem etwa eine kleine Umfrage bei den Senioren (Basis), die Erarbeitung eines Empfehlungs-/ Massnahmenkatalogs (Notfall-Kommunikation, Internet, Automaten. Vielen Dank allen, die uns bei dieser Arbeit unterstützt haben.

Arbeitsgruppe Alter und Migration

Marianne de Mestral, Präsidentin

Die Arbeitsgruppe Alter und Migration wurde, in Erfüllung des Leistungsauftrags mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), eingesetzt.

Seither konnte sich die Gruppe bestehend aus Marianne de Mestral, Präsidentin, Rudolf Garo, Julius Eggspühler, Liselotte Lüscher und Rosemarie Porta konstituieren und zu drei Sitzungen treffen. Sie stellte fest, dass ein grosses Informationsbedürfnis nach Daten sowie nach aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen bestand.

ihnen so entgehen, bis Probleme auftauchen und sie das Manko bemerken.

Die Älteren haben Bedenken, dass die Anschaffung solcher «Geräte» zu

In der Folge luden wir eine Vertreterin des Bundesamts für Statistik, Frau Dominique Spahn, zu einer Sitzung ein. Sie gab uns einen informativen Ein- und Überblick über die statistische Datenlage von älteren Migranten/-innen. Eingebürgerte fallen aus der Ausländerstatistik, obschon bestimmte Migrationsprobleme bestehen bleiben.

Die Arbeitsgruppe liess sich im Weiteren umfassend über die rechtliche Situation von Migranten/-innen in der Schweiz informieren. Als Referent konnte der Leiter der Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei der Stadt Bern, Alexander Ott, gewonnen werden. Fragen über die Zulassungs- und Aufenthaltsbedingungen für Pensionierte aus EU- und EFTA-Staaten sowie aus so genannten Drittstaaten konnten geklärt werden. Zudem war zu erfahren wie lange



eine Aufenthaltsbewilligung gültig bleibt.

Erkenntnisse aus den beiden Referaten bilden gute Grundlagen für die künftige Arbeit.

Im kommenden Jahr nimmt sich die Arbeitsgruppe folgende Aufgaben vor:

- Orientierung der Gruppe über die Arbeiten des eidg. Parlaments und der Bundesbehörden sowie der eidg. Kommission für Migrationsfragen zum Fachgebiet Alter und Migration.
- Einwirken auf generelle Vernehmlassungen des SSR sowie speziell auf ausländer- und sozialversicherungsrechtliche sowie gesundheitspolitische Vorlagen.
- Bearbeitung von aktuellen Fragen im Bereich Migration wie etwa Fragen zur Betagten-Betreuung durch Migranten/-innen.
- Andere Arbeitsgruppen des SSR darauf hinweisen, dass die spezifische Situation der älteren Migrationsbevölkerung auch ihr Sachgebiet betrifft (besonders Gesundheit/Soziale Sicherheit). Kontakt zu Betroffenen schaffen und soweit wie möglich in die Arbeit einbeziehen.

Zu Hause alt werden?

Michel Studer SSR-Mitglied

Wo und vor allem wie soll ich meinen Lebensabend verbringen? Diese Frage wird oft zu spät gestellt, um Überlegungen anzustellen oder Dispositionen treffen zu können.

Ganz unerwartet trifft einen die Versetzung in den Ruhestand nicht. Jahre vorher weiss man, dass der 65. Geburtstag auch das Ausscheiden aus dem Berufsleben bedeuten wird. In der Regel hat man Zeit, sich darüber Gedanken zu machen. Überraschungen können höchstens mit der Ankündigung einer vorzeitigen Pensionierung verbunden sein.

Veränderung steht an

Ist mein Zuhause nicht zu gross geworden? Kann ich, wenn ich «in die Jahre komme», auch die 60 Treppe bewältigen? Wer wird den Garten pflegen? Wird das Dorfblädeli noch lange genug zur Verfügung stehen? Die damaligen Vorteile sollten mit dem Alter nicht zur Falle werden. Die Aufrechterhaltung einer guten körperlichen Form durch regelmässige Bewegung (am besten in einer Gruppe von Kollegen die das gleiche Programm absolvieren) bei jedem Wetter, die Entdeckung neuer Aktivitäten und die Pflege des Sozialnetzes sind gute Voraussetzungen um länger selbständig

zu bleiben. Trotzdem sollte man sich fragen, ob das zu gross gewordene Heim nicht mit jungen Leuten geteilt werden könnte, nach dem Motto «ich stelle dir zwei Zimmer zur Verfügung, dafür machst du meine Kommissionen» können wertvolle Kontakte entstehen, die den beschwerlicher gewordenen Alltag erleichtern.

Weg mit dem Ballast

Ein Aufräumen drängt sich auf. Man will Vorarbeiten leisten, selber bestimmen, was verschenkt, verkauft oder vernichtet werden soll. Kinder oder Verwandte sollen von der schmerzlichen Pflicht erlöst werden, Familiengut in den Mülleimer zu geben. Es fällt keinem leicht, sich von alten Sachen zu trennen, für die man keine Verwendung mehr hat, die man aber «für den Fall» in der Garage, im Keller oder im Estrich hortet, obwohl andere Leute sie bestens verwenden könnten. Kleider, die man nie mehr anziehen wird, Geräte, die man höchstens aus dem Schlaf holt, wenn Besuch kommt, sollten nicht vernichtet werden. Es gibt genügend Institutionen, die diese Sachen kostenlos abholen, reparieren und interessierten Familien übergeben, die gerne alte Plattenspieler und alte Fotoapparate in Betrieb setzen.

“ Unser Leben ist viel schwerer als das unserer Vorfahren weil wir uns so viele Dinge anschaffen müssen, die uns das Leben erleichtern. ”

Gabriel Laub

Autonomie und Freiheit

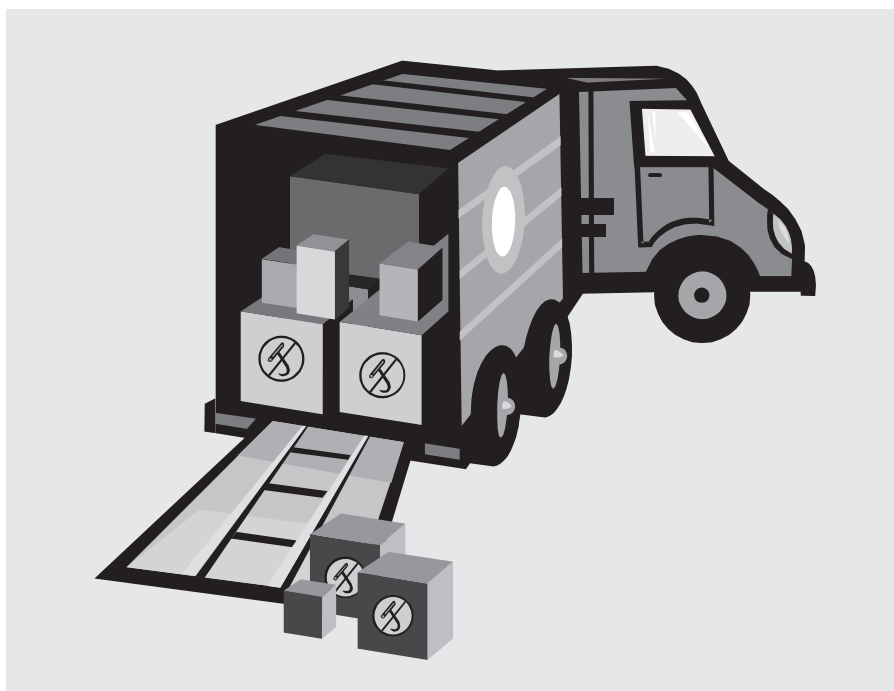
Als Begleitmassnahme drängt sich ein Kontakt mit dem Hausarzt auf. Und wenn unterdessen die Arztpraxis aufgehoben wurde, wird Sie ein Freund oder der soziale Transportdienst gerne zur vielleicht entferneren aber moderneren Praxis befördern.

Denn es wäre falsch, beim Auftreten eines «Bobos» schon an das Pflegeheim zu denken. Alternativen zum Institut gibt es viele. Die Spitex-Organisationen decken ein grosses Spektrum an Pflegeleistungen ab, die älteren Personen ermöglichen, noch lange in ihrer vertrauten Atmosphäre zu bleiben.

Zu Hause sein bedeutet Autonomie und Freiheit und damit Lebensqualität. Auch die Beziehungen mit Nachbarn, Kollegen und Verwandten tragen als wichtiger Bestandteil dazu bei. Und, «last but not least», spricht der finanzielle Aspekt eindeutig für ein Verbleiben in den eigenen vier Wänden solange es geht. Für alle Beteiligten ist es vorteilhafter, mit dem Wechsel ins Pflegeheim zuzuwarten, bis es wirklich nicht mehr geht und der Arzt keine Alternative mehr findet.

Man darf davon ausgehen, dass in einer nicht allzu fernen Zukunft die Spitexdienste auf das «7/7 bzw. 24/24» System ausgeweitet und somit heimähnliche Pflegebedingungen anbieten werden.

Wenn der Umzug ins Heim unvermeidbar wird, wird man die Befriedigung haben, solange wie möglich unabhängig gewesen zu sein. Die Bilanz «Aufwand und Ertrag» wird ein positives Resultat zeigen. Und die Angehörigen werden dankbar sein für eine aufgeräumte Wohnung oder ein aufgeräumtes Haus.



Migralto - ein partizipatives Modell für aktive Bürgerschaft der älteren Migrationsbevölkerung

M.A. Die beiden Gerontologinnen Hildegard Hungerbühler und Viviana Abati, untersuchten in einer Masterarbeit die Chancen der älteren Migrationsbevölkerung bezüglich Partizipation in ihrer Wohngemeinde.

Anlass zur Masterarbeit gab die Tatsache, dass immer mehr ältere Migranten/-innen nach der Pensionierung in der Schweiz bleiben. Die beiden Gerontologinnen Hildegard Hungerbühler und Viviana Abati gingen darin der Frage nach, wie es um die Partizipation der älteren Migrationsbevölkerung in ihren Wohngemeinden bezüglich sie betreffende Fragen/Themen steht. Sie stützten sich dabei auf die Definition der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen zur «Aktiven Bürgerschaft». So stellten sie etwa fest, dass ältere Migranten/-innen die nicht eingebürgert sind, über keinerlei politischen Mitbestimmungsrechte verfügen, obwohl sie ihr Leben lang hier gearbeitet und Steuern bezahlt haben, was sich bis heute auf das Partizipationsverhalten der Einwanderungsgeneration auswirkt.

Mehrteilige Erhebung ermöglicht Perspektivenvergleich

In einer umfassenden Erhebung mit einem kombinierten quantitativen und qualitativen Ansatz, befragten sie einerseits die in schweizweiten Netzwerken organisierten über 100 kommunalen Altersbeauftragten und Integrationsdelegierten. Andererseits führten sie mit 22 älteren italienischen Migranten/-innen der ersten Einwanderungsgeneration Interviews durch. Zusätzlich zu diesen beiden Befragungsteilen fanden zwei getrennte Experten/-innen Diskussionen mit Vertretern/-innen aus Altersinstitutionen und -organisationen von Stadt und Kanton Bern sowie mit Vertretungen aus italienischen Migrationsorganisationen der Region Bern statt. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen u.a. etwa dass:

- Ältere Migranten/-innen zurzeit und mehrheitlich - weder in der Alters-



Ältere Migranten wollen nicht nur beim Spiel aktiv sein, sondern am Gemeinschaftsleben teilhaben

politik und -arbeit, noch in der Integrationspolitik und -arbeit eine explizite Zielgruppe sind;

- Fachpersonen sensibilisiert sind dafür, dass die ältere Migrationsbevölkerung aufgrund der demografischen Entwicklung künftig zu einer Zielgruppe der Alterspolitik und -arbeit wird;
- Das Bewusstsein sich für die damit verbundenen Herausforderungen und Aufgaben vorzubereiten zunimmt sowie die Einsicht, dass dafür eine gute Vernetzung zwischen dem Alters- und Integrationsbereich notwendig ist;
- Positive Ansätze und erste good practice Beispiele vorhanden sind.

Die Auswirkungen der Selbstorganisation auf die gesellschaftliche Partizipation

Was die Strukturen der Selbstorganisation und deren soziale Netzwerke als Antwort auf die fehlende Förderung der Integration durch das Gastland anbelangt, wurde festgestellt, dass die italienische Diaspora eine wichtige Integrationsleistung für ihre Landsleute erfüllte, indem sie neu Zugewanderte mit nützlichen Informationen über die Schweizer Gesellschaft versorgte. Die gesellschaftliche Organisation in eigenen Strukturen ver-

besserte die Partizipationschancen in der Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht. Die fehlende Integrationspolitik seitens der Schweiz sowie aufgrund des temporären Charakters, den die Zugewanderten selber ihrem Aufenthalt in der Schweiz zumessen, hinderte die die Teilhabe an der Schweizer Gesellschaft, was sich im Alter bemerkbar macht. Erwähnt seien etwa mangelnde Kenntnisse über die Rechte/ Möglichkeiten im Alter - AHV, Pensionskasse, EL -, über Dienstleistungen der stationären und ambulanten Altersversorgung, sprachliche Verständigungsprobleme.

Die Erhebungen zeigen jedoch, dass einerseits Migranten/-innen etwa in der (Alters)politik, im Gesundheitsbereich und in der Freiwilligenarbeit (Quartier und Gemeinde) partizipieren möchten, und andererseits Altersbeauftragte und Integrationsdelegierte der Gemeinden ein Engagement in diesen -Bereichen begrüßen. Abgesehen davon, dass die Migranten/-innen bereits Freiwilligenarbeit leisten in ihren eigenen Vereinen und Strukturen, wünschen sie sich vor allem eine Mitsprache zu künftigen Modellen der Alterspflege und des Alterswohnens wie etwa mediterrane Wohngruppen in Alters- und Pflegeeinrichtungen. Sie

können sich auch ein Engagement in intergenerationellen und interkulturellen Projekten vorstellen. Erwartet wird jedoch, dass die Initiative für eine Zusammenarbeit von den schweizerischen Gemeindevertretern/-innen und ihren Institutionen, ergriffen wird.

Mit einem Ausblick auf den Einsatz bzw die Umsetzung des Modells MIGRALTO in die Praxis, und der Skizzierung einer möglichen Weiterentwicklung im Rahmen einer allfälligen nationalen Multiplikation, schliessen die Autorinnen ihre Masterarbeit.

MIGRALTO - Ein partizipatives Modell für die aktive Bürgerschaft der älteren Migrationsbevölkerung in Schweizer Gemeinden

Masterarbeit von Hildegard Hungerbühler und Viviana Abati
Eingereicht im Rahmen des Studienganges Master of Advanced Studies in Gerontologie: Altern - Lebensgestaltung 50+ am Kompetenzzentrum Gerontologie der Berner Fachhochschule

Die vollständige Masterarbeit (S. 190, ohne Anhänge) sowie eine Kurzfassung (S. 33) kann bei den AutorInnen als pdf-Dokument bestellt werden: viviana@abati.net; hildegard.hungerbuehler@redcross.ch

Mobilität im Alter

M.A Für ältere Menschen ist es von grösster Bedeutung, bis ins hohe Alter mobil zu bleiben.

Unter dem Titel «Schweizer Mobilitätssalon für Seniorinnen und Senioren» führt die Mobilitätsakademie am 22. und 23. Mai 2012 im Kongresszentrum in Biel eine Veranstaltung durch, welche sich mit der Mobilität im Alter auseinandersetzt. Der «Schweizer Mobilitätssalon für Seniorinnen und Senioren» steht unter der Schirmherrschaft von Bundesrat Alain Berset, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI). An der zweitägigen Veranstaltung beleuchten und diskutieren Fachleute aus den verschiedensten Bereichen, etwa vom Touring Club Schweiz (TCS), von Pro Velo Schweiz, Fussverkehr Schweiz, den Bundesämtern für Raumentwicklung (ARE) und für Strassen (ASTRA) aber auch aus Verwaltung, Wissenschaft und der Alterspolitik - u.a. dem Schweizerischen Seniorenrat (SSR) - das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln. Das an den beiden Tagen in fünf Sessions diskutierte Themenspektrum ist ebenso breit wie vielfältig. Der Mobilitätssalon wird begleitet von einer Ausstellung, während beider Tage können sich die Teilnehmer an verschiedenen Ständen informieren und Probefahrten mit seniorengeeigneten Fahrzeugen unternehmen. Die Veranstaltung dauert am 1. Tag von 8.30 (Empfang/ Kaffee) bis 17.00 Uhr und am 2.Tag von 9.00 Uhr bis 12.15 Uhr.



Auch ältere Menschen gehen gerne auf Entdeckungsreisen

Die Kosten inkl. Verpflegung und Tagungsunterlagen betragen für beide Tage CHF 250.- (AHV-Bezüger: CHF 75.-) und für einen Tag CHF 150.- (AHV-Bezüger: CHF 50.-).

Nähere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.mobilityacademy.ch.

Lernfestival 2012

Das Lernfestival, das das Bundesamt für Technologie und Berufsbildung (BBT) für weitere vier Jahre bewilligt hat, findet 2012 am 14./15. September 2012 statt. Es richtet sich an Personen aller Alters- und Bildungsstufen, die beruflich oder privat ihren Horizont erweitern wollen.

Den Auftakt macht die neue Kampagne «Bildungslandschaft Schweiz», in diesem Jahr ist es ein Schreibwettbewerb. Gefragt sind Kurzgeschichten zum Thema «ich lerne gerne». Die besten/ schönsten Texte kommen in ein Buch, die besten drei werden an der Eröffnungsveranstaltung des Lernfestivals ausgezeichnet. Der Wettbewerb startet Ende Januar 2012.

Am 14. September findet der Aktionstag «ich lerne» statt. Gross und Klein kleiden sich an diesem Tag in Festivalfarben Blau und Grün. Zudem gibt es wieder ausgefallene Flash Mobs an öffentlichen Orten in der ganzen Schweiz, die lernen sichtbar machen.

Das Lernfestival am 14./15. September, wird schweizweit wiederum als 24 Stunden Anlass durchgeführt.

Mehr erfahren sie auf www.lernfestival.ch



Agenda

SVS-SSR Fraktion

Dienstag, 6. März 2012, Bern
Dienstag, 15. Mai 2012, Bern

SSR Delegiertenversammlungen

Freitag, 23. März 2012, 10.45 Uhr,
Freitag 25. Mai 2012, 10.45 Uhr,
Bern Ittigen

SVS-Delegiertenversammlung

Mittwoch, 28. März 2012, 10.00 Uhr
Schützenhaus, Basel

Delegiertenversammlung VASOS

Mittwoch, 28. März 2012, 10.00 Uhr,
Ittigen, Bern

VASOS-SSR Fraktion

Mittwoch, 18. April 2012, 10.00 Uhr,
Basel

“ Jede Lebensphase
bietet die Möglichkeit,
neu anzufangen. ”
Rita Süssmuth

Forum Schwyz

Das 1995 eröffnete Forum Schweizer Geschichte Schwyz ist der Sitz des Nationalmuseums Zentralschweiz. Die neue Dauerausstellung «Entstehung Schweiz. Unterwegs vom 12. ins 14. Jahrhundert» zeigt mit ausführlichen Informationen in vier Sprachen (D,F,I,E) virtuellen Guides und innovativen Medienstationen die Entstehung der alten Eidgenossenschaft im Mittelalter auf. Die als Erlebnisparkours angelegte Ausstellung, spricht Kinder und Erwachsene emotional an.

Einen besonderen Service bietet das Nationalmuseum Senioren ab 60 Jahren, die im Forum herzlich willkommen sind, an. Jeden dritten Mittwoch im Monat um 14.00 Uhr werden nur für Senioren kostenlose Führung durch die Dauerausstellung «Entstehung Schweiz» angeboten. Während der 60-minütigen Führung gibt es weder Eile noch Hektik. Die Führungen werden durch eine professionelle Personenführungsanlage mit drahtlosen Kopfhörern unterstützt. Zudem ist für Sitzmöglichkeiten gesorgt.

Die Daten für 2012 sowie nähere Informationen sind unter: www.forumschwyz.ch zu finden.

Alzheimervereini- gung - neue Internetseite

Die Schweizerische Alzheimervereini- gung hat ihre Internetseite neu gestaltet. Dank der einfacher aufgebauten und benutzerfreundlicher gestalteten Seite, kommt der Besucher rascher an die gewünschten Informationen heran. Bei zahlreichen Texten sind die direkt dazu gehörenden Dokumente zu finden.

Der Alzheimervereinigung ist es wichtig, genau diejenigen Informationen zu liefern, die die Besucher und Besucherinnen suchen. Auf der Startseite sind deshalb Direktlinks und Direktzugriffe eingeführt. Zudem wurde auch die Interaktivität ausgebaut.

Neben dem Diskussionsforum können sich die Nutzer auf der Facebookseite einklinken und dort die Aktivitäten mitverfolgen und kommentieren.

Internetseite: www.alz.ch

Impressum

HERAUSGEBER

Copräsidium (SSR)
Christiane Jaquet-Berger
Karl Vögeli
Tel 031 924 11 00
info@ssr-csa.ch

Redaktion deutsch:

Margareta Annen-Ruf
Tel 033 251 36 13
margareta.annen-ruf@bluewin.ch

Redaktion französisch:

Michel Studer
026 422 26 22
michel-studer@bluewin.ch

Redaktion italienisch:

Rosemarie Porta
091 971 90 66
rosmarieporta@bluewin.ch

Layout und Produktion:

Lithouse, 3013 Bern
mail@lithouse.ch

Schweizerischer Seniorenrat SSR

Sekretariat Worblentalstrasse 32
3063 Ittigen / Bern
Tel. 031 924 11 00